

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telefax: 686 848 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Gernot Erier MdB berichtet, was alles an Waffen aus NVA-Beständen an die Türkei geliefert wurde.

Seite 1

Manfred Reimann MdB macht auf entscheidende Gefahren im Rechtsbereich aufmerksam.

Seite 3

Ulrich Stockmann warnt vor einer Abwicklung des Jugendsenders DT 64: Politisches Einfühlungsvermögen gefragt.

Seite 5

Horst Kubatschka MdB warnt vor einer Umsetzung vor Krauses Privatisierungsplänen.

Seite 6

46. Jahrgang / 238

13. Dezember 1991

### Deutsche Waffen in die Türkei oder die mißbrauchte Solidarität Bonn liefert Berge von Waffen

Von Gernot Erier MdB

Man muß in aller Freundschaft über etwas reden: Wozu, um Himmels willen, braucht die Türkei so viele Waffen? Und darüber: Was ist das für eine Freundschaft, die ihre Existenz von immer größeren Waffenlieferungen des anderen abhängig macht? Sozialdemokraten müssen dieses Gespräch jetzt suchen, mit Inönü und den anderen Freunden der Schwesterpartei - SHP, der Sozialdemokratischen Volkspartei in Ankara, die jetzt in der Regierung sitzt.

Die Bundesregierung redet nicht, sondern liefert. Dem Verteidigungsausschuß liegt jetzt ein vorläufiger, erster Bericht von Stoltenberg über "Abgaben von Material der ehemaligen NVA" vor, sozusagen als Anzahlung auf unsere Kleine Anfrage "Verwendung und Weitergabe von Waffen, Geräten, Ausrüstungen, Munition und anderen militärischen Gegenständen der ehemaligen NVA" vom 25. November 1991, zu deren fristgerechter Beantwortung die Bundesregierung sich außerstande sah.

Wer in diesen Bericht schaut, reibt sich die Augen. Im Teil "Abgaben an NATO-Staaten" ("Abgaben in diesem Sinne sind: Material, das bereits geliefert wurde; Material, für das eine Lieferung verbindlich zugesagt wurde") übertrifft die Türkei-Liste alle anderen. Zwischen Juni und November diesen Jahres hat die Bundesregierung Zusagen über kolossale Waffenlieferungen gemacht. Versprochen und offensichtlich zum Teil bereits geliefert wurden unter anderem mehr als 100.000 Panzerfäuste, mehr als 250.000 Kalaschnikows, mehrere Tausend MGs und Munition verschiedener Kaliber, deren Stückzahl in der Summe an die halbe Milliarde heranreicht (die genauen Stückzahlen liegen vor, sind aber als VS-NFD eingestuft)! Es fehlt auch nicht an LKWs, mit denen all diese Rüstungsberge transportiert werden können.

Die Öffentlichkeit und die Abgeordneten erfahren von dieser vorweihnachtlichen Geschenkidee, die der Gott Mars erfunden haben könnte, nur zufällig: Weil eine unvollständige und falsche Antwort auf eine Frage von mir im Deutschen Bundestag am 10. Oktober durch die Aufdeckung des BND-Deals mit Israel am 25. Oktober 1991 zutage trat und wir seitdem bohrend nach dem ganzen Komplex Auflösung der NVA fragen. Aber das ist eigentlich eine andere Geschichte, die dann nur zum Teil mit der Türkei zu tun hat.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verändelter Umgang  
mit wertvollem Rohstoff  
Recycling-Papier



Der Vorgang ist Höhepunkt eines ununterbrochenen Stromes deutscher Waffen, der seit 1964 in dieses südlichste NATO-Land fließt. Auf den Paketen kleben verschiedene Etiketten: NATO-Verteidigungshilfe, Materialhilfe, Rüstungssonderhilfe. Wir lassen uns die Partnerschaft was kosten - bis Oktober 1991 hatten all diese Pakete einen Wert von 8,5 Milliarden DM erreicht. Und genauso munter soll es weitergehen: Die 18. Tranche der Verteidigungshilfe 1990 bis 1992 wird 212 Millionen DM kosten, während des Golfkrieges hat Kohl einen neuen Schub Materialhilfe im Wert von 1,5 Milliarden DM zugesagt (unter diesem Titel laufen auch die NVA-Waffen) und die Rüstungssonderhilfe 1990 bis 92 kostet den deutschen Steuerzahler noch einmal 580 Millionen DM. In drei Jahren ist das Rüstung im Wert von mehr als 2,2 Milliarden DM.

So spendabel (und natürlich nicht nur, wenn auch hauptsächlich zugunsten der Türkei, also auch für Griechenland und Portugal) zeigt sich in Europa nur der NATO-Musterknabe Deutschland, wenn man von einigen verschiedenen Beiträgen der Niederlande einmal absieht. Das federführende Auswärtige Amt bleibt jede Erklärung dafür schuldig, weshalb in der heutigen Weltlage so viele deutsche Waffen an den Bosphorus gehen müssen. Eine konzise Bedrohungsanalyse für die Südflanke der NATO wird nicht einmal verrechnet. Man begnügt sich mit vagen Hinweisen auf den Golfkrieg und die Bedeutung von Stabilität an dieser Nahtstelle vom nahen zum mittleren Osten. Honeckers schimmernde Wehr soll allen Ernstes diese Stabilität noch stabiler machen.

Da man dies offenbar selber nicht für Überzeugend hält, werden noch zwei Argumente für Waffenlieferungen in die Türkei nachgeschoben, die in ihrer plumpen Sophistik geradezu empörend sind. Genschers Beschlußvorlage vom 26. November 1991 enthält den Hinweis darauf, eben wegen unserer vorbildhaft kontinuierlichen Rüstungshilfe an unsere Partner könnten wir bisher gegen out-of-area-Forderungen bestehen! Als wüßte nicht jeder, daß diese Regierung lieber heute als morgen unsere Verfassungsschranken vor dem Militäreinsatz außerhalb des Bündnisses einreißen wolte!

Noch blöder kommt das letzte Argument daher: Wir müßten unbedingt wie bisher weiter die Türken aufrüsten, um ein falsches Signal angesichts unseres starken Engagements in Osteuropa und der Sowjetunion zu vermeiden. Aha! Ein paar Schiffsladungen voll Waffen und Munition an die Dardanellen, und schon vertrauen uns unsere Verbündeten, daß wir mit Gorbis und Jelzin nicht fremdgehen! Auf diesem Niveau argumentiert das Auswärtige Amt mit uns Abgeordneten, um uns zur Fortsetzung von Fehlern zu bewegen.

Denn in Wirklichkeit sind diese Waffengeschenke unehrliche Freundschaftsbeweise. Schon seit den 70er Jahren stecken tatsächlich schändliche Interessen der deutschen Rüstungsindustrie dahinter: Wir schieben allein deshalb im Rahmen der Rüstungssonderhilfe Leo 1-Panzer nach Ankara und Athen, um Platz für immer neue Lose neuzubauender Leo 2 zu schaffen. Ohne diesen alljährlichen Schwund nach Süden stünden die Bänder der deutschen Panzerschmieden längst still, weil wir schon lange mehr dieser Ungetüme haben, als wir vertraglich (bald) noch dürfen. Auch das NVA-Geschenk blinkt nüchtern aus der Solidaritäts-Verpackung. Die Bundesrepublik will dieses in Wahnsinns Mengen geerbte Zeug so schnell wie möglich los haben. Was länger hier bleibt, kostet und provoziert nur unbequeme Fragen, zum Beispiel danach, warum wir nicht nutzen, was zur Verteidigung der NATO-Südflanke gut genug sein soll. Und außerdem tun wir halt manches, damit das NATO-Land mit dem einen Zeh in Europa, dem Rest seines Standesvermögens aber in Kleinasien, nicht allzu schnell auf die Idee kommt, kräftig an die Tür der EG zu pochen.

Zur Unehrlichkeit kommt aber erschwerend hinzu, daß diese Waffenlieferungen das Gegenteil von dem erzeugen, was zu garantieren sie vorgegeben: Stabilität und Sicherheit. Das Kurdenproblem werden die deutschstämmigen Kalaschnikows mit der millionenzählenden Munition nicht lösen, zumindest nicht so, wie wir uns das wünschen. Und es erscheint mehr als fraglich, ob angesichts des Auseinanderbrechens der Sowjetunion ein übervoller Waffenmarkt in der Türkei stabilisierend wirkt. Schon melden sich armenische Sprecher und behaupten, von Aser-

baldschanern aus türkischen Waffen beschossen zu werden, die früher mal der NVA gehörten. Prima, wo wir da reingeraten, selbst wenn sich nichts beweisen läßt! Das Gegenteil ist nämlich genauso schwer zu bezeugen, zumal die Aserbaldschaner über dieselben Waffentypen verfügen, die wir jetzt waggonweise in die Türkei schaffen.

Mit Ganscher und Stoltenberg müssen wir darüber energisch streiten. Unseren Freunden in Ankara aber sollten wir klar machen, was wir unter Freundschaft und Solidarität verstehen. Care-Pakete aus Stahl und Blei sind der falsche Unterpfand. Schwesterparteien, die nur auf Waffenbrüderschaft rechnen, verspielen Ihre Zukunft.

(-/13. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

### **Nicht alles an der Mainzer Koalitionsvereinbarung ist gut**

**Die FDP bremst den sozialen Fortschritt**

**Von Manfred Reimann MdB**

Die Mainzer Koalitionsvereinbarung ist ein Kompromiß zwischen SPD und FDP, um Rheinland-Pfalz gemeinsam zu regieren. Es mußten beide Parteien Abstriche von ihren Vorstellungen hinnehmen und Kompromisse eingehen. Aber diese Kompromisse treffen auch gesellschaftliche Organisationen, so die Gewerkschaft am Beispiel der Arbeitsgerichte. es muß den Gewerkschaften wehtun, wenn das Justizministerium die verwaltungsmäßige Zuständigkeit für die Arbeitsgerichte erhält.

Die Gewerkschaften sehen mit berechtigter Furcht, daß eine ihrer wesentlichsten Errungenschaften rückgängig gemacht wird. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß die Trennung der Arbeitsgerichtsbarkeit von den Justizverwaltungen ein Fortschritt für die Arbeitnehmer war, ja mehr noch, sie war eine ihrer wichtigsten Errungenschaften aus der ersten deutschen Republik. Der unzweifelhafte Fortschritt besteht darin, daß Arbeitsrecht in weiten Teilen Richterrecht ist. Arbeitsrichter sprechen nicht nur aus der Erfahrung und mit ihrem speziellen Wissen recht, sondern auch aus der Praxis des Arbeitslebens mit der betrieblichen Gegenwart.

Da ich selbst als ehrenamtlicher Richter in der ersten Instanz in Neuwied/Montabaur und Ludwigshafen, aber auch in der zweiten Instanz in Mainz gearbeitet habe, weiß ich aus Erfahrung, daß arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Entscheidungen einer sehr langen Praxis der Richter bedürfen, wenn die Entscheidungen gut sein sollen. Eine Durchlässigkeit zu anderen Gerichtszweigen birgt die Gefahr, daß sich eine praxisferne, weniger soziale Rechtsprechung entwickeln wird. Wenn über Kündigungen, Sozialpläne, Fragen der Mitbestimmung, der betrieblichen Lohngestaltung, der gesamten arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Gestaltung in den Betrieben andere Richter als Arbeitsrichter entscheiden, also andere Personen als die, die aus der Betroffenheit heraus das Arbeitsrecht gestalten, wird sich das Recht verändern, und es ist davon auszugehen, daß es eine rückschrittliche Entwicklung geben wird. Das Arbeitsrecht ist nicht geeignet, in einem Rechtspflegeministerium ein Teil unter anderen zu sein.

Das Aufgeben der Selbständigkeit der Arbeitsgerichte ist ein historischer Rückschritt, auch wenn der Abgeordnete Pörksen MdL in seiner Rede vor dem Landtag in Mainz eine andere Meinung vertritt. Es geht nicht um den Widerstand einiger DGB-Funktionäre oder wer wessen verlängerter Arm ist oder nicht. Es geht auch nicht um eine unterschiedliche Interessenlage zwischen Gewerkschaften und Partei, wie er meint. Es geht ausschließlich darum, daß das Arbeitsrecht in den Händen der Arbeitsrichter/Innen bleibt.

Wir sollten einmal darüber nachdenken, warum die Länder, die vor Jahren die Umressortierung der Arbeitsgerichtsbarkeit propagierten (wie zum Beispiel Berlin, Schleswig-Holstein, Hessen und das Saarland) heute völlig anderer Meinung sind. Warum die Präsidenten der Landesarbeitsgerichte, der Vorstand der Deutschen Arbeitsgerichtsverbände, der Bund der Richter usw. neben den Gewerkschaften die Neuressortierung für falsch halten. Wer jetzt den Betroffenen lediglich egoistische Motiva unterstellt, muß sich fragen lassen, welches Interesse wohl die FDP an der Umgestaltung hat? Schon einmal, 1972, stellten Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein den Antrag auf Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes. War es auch die FDP, die damals schon ein Rechtspflegeministerium verwirklichen wollte und warum?

Wir Sozialdemokraten sollten zur Kenntnis nehmen, daß nicht einmal die Bundesregierung die Zuständigkeit des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung für das Bundesarbeitsgericht ändern will.

Bei der FDP werde ich den Verdacht nicht los, daß sie mit der Umressortierung das Arbeitsrecht inhaltlich verändern will, schärfer formuliert, sie will es ihren rückschrittlichen sozialen Vorstellungen anpassen. Die FDP ist der härteste Bremser des sozialen Fortschritts, denken wir nur an das Theater um die Pflegeversicherung, und vergessen wir nicht den gesamten Sozialabbau mit der CDU in den letzten neun Jahren. Die Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen geht zu ihren Lasten - die weitere Durchlöcherung des sozialen Netzes ist absehbar!

Auch die Richterbesetzung wird sich unter einem Justizminister anders gestalten als unter einem Sozialminister, und damit wird sich auch die Rechtsprechung ändern.

Als einer der fünf Unterzeichner der Koalitionsvereinbarung aufgrund des Parteibeschlusses weiß ich von meiner Zusage und der Verpflichtung, zu dieser Vereinbarung zu stehen. Aber richtiger wird dieser Punkt in der Vereinbarung deshalb trotzdem nicht. Andere Länder haben ihre Entscheidung aus eigenem Willen und nach neuen Erkenntnissen rückgängig gemacht. Dies könnte vielleicht auch in Rheinland-Pfalz der Fall sein, wenn die FDP in den Ausschußberatungen zu der Erkenntnis kommen sollte, auf eine Umressortierung zu verzichten. Viel Sprengstoff für die Zukunft wäre dann entschärft, und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer hätten eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder dort, wo sie hingehört, nämlich im Sozialministerium.

(-/13. Dezember 1991/st/fr)

\*\*\*\*\*

**Politisches Einfühlungsvermögen gefragt**  
**DT 64 - nicht nur irgendein Sender**

**Von Ulrich Stockmann**  
**Beobachter des Europäischen Parlaments für Sachsen-Anhalt**

Viel dringt aus Ostdeutschland nicht nach Europa. Ab und zu irritieren neue Arbeitslosenzahlen, hört man Kritik an der Treuhand oder schrickt bei Berichten über Ausländerfeindlichkeit und Stasiskandalen auf.

Die Zeit wird die Integration schon leisten - so die verbreitete Meinung. Die wichtigsten politischen Entscheidungen sind getroffen, jetzt tut Geld und Verwaltungsarbeit not, ausstehende Probleme sind Sache der Länder. Das ist gut so.

Es ist auch nur noch ein Verwaltungsakt, wenn am 31. Dezember das ostdeutsche Jugendra-  
dio DT 64 abgeschaltet wird, der einzige Jugendsender in Deutschland. Nach dem Einigungs-  
vertrag soll der Staatsrundfunk der ehemaligen DDR in Anstalten öffentlichen Rechts der Län-  
der überführt werden. Da bleibt für einen länderübergreifenden Sender kein Raum. Abwickeln.  
Verwundert hören wir von Massendemonstrationen, Unterschriftenversammlungen, gar Hun-  
gerstreiks der Fangemeinde und all dies wegen einer Radiostation, einer ostdeutschen  
"Altlast"? "Falsche Mittel für ein falsches Ziel" behaupten die, die von Berufs wegen Politik ma-  
chen.

Daß DT als erstes DDR-Medium über die Montagsdemos in Leipzig berichtet und Aufrufe des  
Neuen Forums und der Rockmusiker verbreitet hat, kann doch nicht Grund sein, nur den Sen-  
der selbst zu demonstrieren. Wer heute 37 ist, hat ihn vielleicht mit 10 das erste Mal gehört. Er  
weiß, daß da viel auch im Interesse des Staates über den Äther kam, mit kritischen Untertönen  
vielleicht, Tabuthemen am Rande aber Musik, die teilnehmen ließ an dem, womit sich weltweit  
Jugendliche identifizierten. Ein Draht zum Lebensgefühl der anderen draußen, die dir näher  
sind als die ewig Angepaßten im eigenen Land.

Wir waren uns nicht zu schade zu symbolträchtigen Handlungen im Zuge der deutschen Eini-  
gung, auch da, wo pragmatisches Handeln angesagt war.

Wir beklagen den Orientierungsverlust Jugendlicher und ihre zunehmende Gewaltbereitschaft  
gegen Fremde und Fremdes.

Wir sprechen von Vergangenheitsbewältigung, dialektisch gar vom Aufheben unserer Biogra-  
phien.

Da gibt es nun einen "ostdeutschen Originalton", einen geschichtlich gefärbten Kontinuitäts-  
laden über unsere jüngste Zeitrechnung hinaus, mit dem sich viele identifizieren und uns fällt nur  
Abwickeln ein.

Ein Armutszugnis für unser politisches Einfühlungsvermögen.

(-/13. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

**Krauses Orgie  
Fatale Folgen einer Privatisierung**

**Von Horst Kubatschka MdB**

Maßlosen und verheerenden Privatisierungsfetischismus legt die Bundesregierung und ihr Verkehrsminister Krause an den Tag. Die neuerlichen Pläne Krauses und der Deutschen Bundesbahn, neben der Privatisierung der Regionalen Bahnbusgesellschaften nun auch noch Eisenbahnnebenstrecken in die Hände bayerischer Omnibusunternehmer geben zu wollen, sind sturkturpolitisch völlig verfehlt und darüberhinaus verfassungsrechtlich sehr bedenklich. Das Motto dieses Ministers läßt sich knapp zusammenfassen: Der Bund privatisiert - koste es, was es wolle - und die Länder und Kommunen bekommen dann die Rechnung vorgelegt.

Presseberichten zufolge wirft das Omnibusgewerbe bereits begehrliche Blicke auf mehrere Strecken in Bayern, beispielsweise auch auf die Rottalbahn in Niederbayern. Der Verkauf dieser Strecke wäre ein schwerer Schlag für das niederbayerische Bäderdreieck. Die Bayerische Staatsregierung schaut dabei - von einigen wohlklingenden Sonntagsreden abgesehen - tatenlos zu.

Insgesamt zeichnet sich ab, daß der Bund sich der Aufgabe, eine leistungsfähige Infrastruktur auch und gerade in der Fläche sicherzustellen, entledigen will. Das reicht bis zu Privatisierungsplänen von Autobahnen. Nach meiner Ansicht ist dies der Beginn einer Rückentwicklung der Deutschen Bundesbahn zu einem kleinen, ab er feinen Verkehrsverein, der zwar die großen Bevölkerungszentren verbindet, dabei aber in der Weite des Landes - bis auf einige Feigenblätter - einen verheerenden Kahlschlag zurückläßt.

Mit einer schwerpunktmäßigen, vernunftgesteuerten Investition in den Wagenpark, mit kundentreudlichen Bahnhöfen und einem attraktiven Angebot könnten stattdessen mehr Menschen zur Bahnreise animiert werden. Damit würde dann auch die Wirtschaftlichkeit der Bundesbahn verbessert werden.

Der Verkehrsminister ist noch konsequenter und zieht einmal ernsthaft die Möglichkeit in Betracht, bei seiner Privatisierungsorgie auch sich selbst miteinzubeziehen. Als Privatier ist man in der Regel nicht in der Lage, der Gemeinschaft einen kaum wiedergutzumachenden Schaden zuzufügen.

(-/13. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*